TEXTTEIL

A. Festsetzungen

1. Allgemeines Wohngebiet - WA -

In den Allgemeinen Wohngebieten - Baugebiet (1) und (2) - dürfen auch ausnahmsweise nicht zugelassen werden:

1. Betriebe des Beherbergungsgewerbes,
2. sonstige nicht störende Gewerbebetriebe,
3. Anlagen für Verwaltungen,
4. Gartenbaubetriebe,
5. Tankstellen.

Damit wird gemäß § 1 Abs. 6 Baunutzungsverordnung (BauNVO) die Anwendung des § 4 Abs. 3 dieser Verordnung ausgeschlossen.

2. Mischgebiet - MI -

In den Mischgebieten - Baugebiete (5) bis (9) dürfen auch ausnahmsweise nicht zugelassen werden:

Vergnügungsstätten im Sinne des § 4a Abs. 3 Nr. 2 BauNVO außerhalb der in § 6 Abs. 2 Nr. 8 BauNVO bezeichneten Teile des Gebietes.

Damit wird gemäß § 1 Abs. 6 BauNVO die Anwendung des § 6 Abs. 3 dieser Verordnung ausgeschlossen.

3. Nicht überbaute Grundstücksflächen

Auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind Nebenanlagen gemäß § 14 Abs. 1 BauNVO nicht zulässig. In den Neubaugebieten - Baugebiet (1) und (2) - sind Garagen und überdachte Stellplätze nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksfläche zulässig.
Gemäß § 23 Abs. 5 BauNVO sind daher Garagen und überdachte Stellplätze in den Baugebieten (1) und (2) auf den übrigen Flächen nicht zulässig.

4. Maß der baulichen Nutzung

Die in dem Bebauungsplan ausgewiesenen Grund- und Geschoßflächenzahlen (GRZ und GFZ - §§ 19 und 20 BauNVO -) gelten als höchst zulässiges Maß der baulichen Nutzung nur soweit, wie die überbaubaren Grundstücksflächen dieses ermöglichen.

5. Verkehrsflächen: Sichtfelder

Die aus Gründen der Verkehrssicherheit an den Straßenkreuzungen erforderlichen Sichtfelder (Signatur) sind von allen baulichen Anlagen, wie Wartehallen, Transformatorenstationen usw., freizuhalten.

6. Schutz vor schädlichen Lärmeinwirkungen

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB wird festgesetzt:

Zum Schutz vor schädlichen Lärmeinwirkungen sind die Fenster von Aufenthaltsräumen in den Baugebieten (1), (3) bis (9) als Schallschutzfenster der Güteklasse 2 entsprechend der Richtlinie VDI 2719 "Schalldämmung von Fenstern" auszubilden. Außerdem sind zusätzlich die Schlafräume besonders gekennzeichneter ▲ ▲ ▲ ▲ Gebäudeseiten mit einer vom Öffnen der Fenster unabhängigen Lüftungseinrichtung auszustatten.

Die Erkenntnisse ergeben sich aus dem Gutachten des Instituts für Schall- und Wärmeschutz Professor Dr. Ing. Zeller vom 23.03.1989. Die Tafeln 3 und 5 der VDI-Richtlinie sind untenstehend aufgeführt.

Ferner wird ein 5,0 m hoher Lärmschutzwall ▲▲▲▲ festgesetzt.

7. Festsetzung einer Mindestbegrünung

Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB wird festgesetzt:

Im Bereich der Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung - Verkehrsberuhigung - zwischen der geplanten Stichstraße und dem Beien-Weg sind im Abstand von 10 m Bäume anzupflanzen und dauerhaft zu erhalten. Eine Ausnahme hiervon gilt für den Bereich des Wendehammers.

WA - Gebiete:

Mindestens 30% der privaten Grundstücksfläche sind mit einer Vegetationsdecke zu versehen.

Im Baugebiet (1) ist entlang der gekennzeichneten Grundstücksgrenzen (Signatur) zur öffentlichen Grünfläche - naturnahe Grünnutzung - eine einreihige, freiwachsende Hecke aus einheimischen Laubgehölzen zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten.

Im Baugebiet (2) ist entlang der gekennzeichneten Grundstücksgrenzen (Signatur) zur Vinckestraße eine einreihige Hecke aus einheimischen Laubgehölzen zu pflanzen und in einer Mindesthöhe von 1 m dauerhaft zu erhalten.

Nebengebäude sind mit einer extensiven, flächendeckenden Dachbegrünung und einer dauerhaften Fassadenbegrünung zu versehen. Für die Fassadenbegrünung sind verholzende Klettertpflanzen, Mindestqualität 3 - 5 Triebe, in einem Abstand von maximal 3 lfd. m zu pflanzen.

Mi- Gebiete:

Nebengebäude, die nicht einer wohnlichen Nutzung dienen, sind mit einer Fassadenbegrünung (selbstklimmende, verholzende Pflanzen, mind. 1 Pflanze pro 3 lfd. m, 3 - 5 Triebe) oder einer flächendeckenden extensiven Dachbegrünung dauerhaft zu begrünen.

Lärmschutzwall:

Im Bereich des Lärmschutzwalls ist jeweils pro m² ein heimischer standortgerechter Baum anzupflanzen.

B. Kennzeichnung

1. Altlasten

Als Ergebnis der Gutachten vom 10.10.1986, 18.11.1986, 09.12.1986, 04.12.1989 und 26.02.1991 der AWG Rummel und Knüfermann, Dortmund, läßt sich festhalten, daß der gem. § 9 Abs. 5 BauGB gekennzeichnete Bereich XXXXXX insbesondere durch Polycyclische Aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK),

besonders Benzo-a-Pyren, kontaminiert ist. Um den Hauptgefährdungspfad zu unterbinden, wurde dieser Bereich in einer Sofortmaßnahme mit einer mind. 0,30 m mächtigen, bindigen Bodenschicht abgedeckt. In einem Teilbereich wurde eine lokal eng begrenzte hohe Belastung mit Trichlorethen in der Bodenluft festgestellt (siehe Gutachten AWG vom 26.02.1991). Diese Kontamination wird im Auftrag der Landesentwicklungsgesellschaft NW weiter eingegrenzt und vor Errichtung der Kindertagesstätte - Baugebiet (3) - entsprechend saniert. Evtl. anfallender Bodenaushub (Straßen- und Leitungsbau) aus dem gesamten gekennzeichneten Bereich ist, soweit möglich, in den geplanten Lärmschutzwall gesichert einzubauen (abfallrechtliche Genehmigung) oder muß ordnungsgemäß entsorgt werden.

Der südliche und westliche Teilbereich der ehem. Betriebsfläche - Baugebiete (1) und (2) - erwiesen sich als gering belastet bzw. nicht kontaminiert. Aus Vorsorgegründen sollten hier Bereiche, die nicht durch eine Bebauung versiegelt werden, mit einer mind. 0,80 m mächtigen, kulturfähigen Bodenschicht abgedeckt werden. Bodenaushub aus diesem Bereich sollte zur Aufschüttung des Lärmschutzwalles im Norden verwendet werden oder muß alternativ nach Maßgabe des Abfallgesetzes entsorgt werden. Der Lärmschutzwall ist mit einer mind. 0,50 m mächtigen Bodenschicht abzudecken.

Im Bereich des Baugebietes (3) - Kindertagesstätte - wurde ein Heizöltank zusammen mit dem umgebenden Boden entsorgt. Im Rahmen der durchgeführten Abbrucharbeiten wurde der mit Bauschutt- und Müllanteilen durchsetzte Oberflächenbereich ebenfalls entsorgt. Vor dem Hintergrund der besonders sensiblen Nutzung soll auch in diesem Bereich eine Abdeckung mit nachgewiesenem unbelasteten Boden in einer Mächtigkeit von mind. 0,80 m vorgenommen werden.

Es muß aufgrund der vorliegenden Untersuchungen davon ausgegangen werden, daß im Bereich des Bebauungsplanes wegen der geringen Kapazität kein nutzbares Aufkommen an quartärem Grundwasser vorhanden ist. Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, daß trotzdem von einer Grundwassernutzung abgeraten wird.

C. Hinweise

1. Aufhebung von Bebauungsplänen

Die im Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes Nr. 113/2 fallenden, nachstehend aufgeführten Bebauungspläne werden durch Neufestsetzung ersetzt:

a) Bebauungsplan (Fluchtlinienplan) verlängerte Vinckestraße (förmlich festgestellt am 31. Juli 1900 und 28. Dezember 1928).

b) Bebauungsplan (Fluchtlinienplan) Horsthauser Straße (förmlich festgestellt am 28. Mai 1904 und 02. September 1905).

c) Bebauungsplan Nr. 113/1 - Vinckestraße - teilweise (rechtsverbindlich seit 15. Februar 1983).

2. Bäume

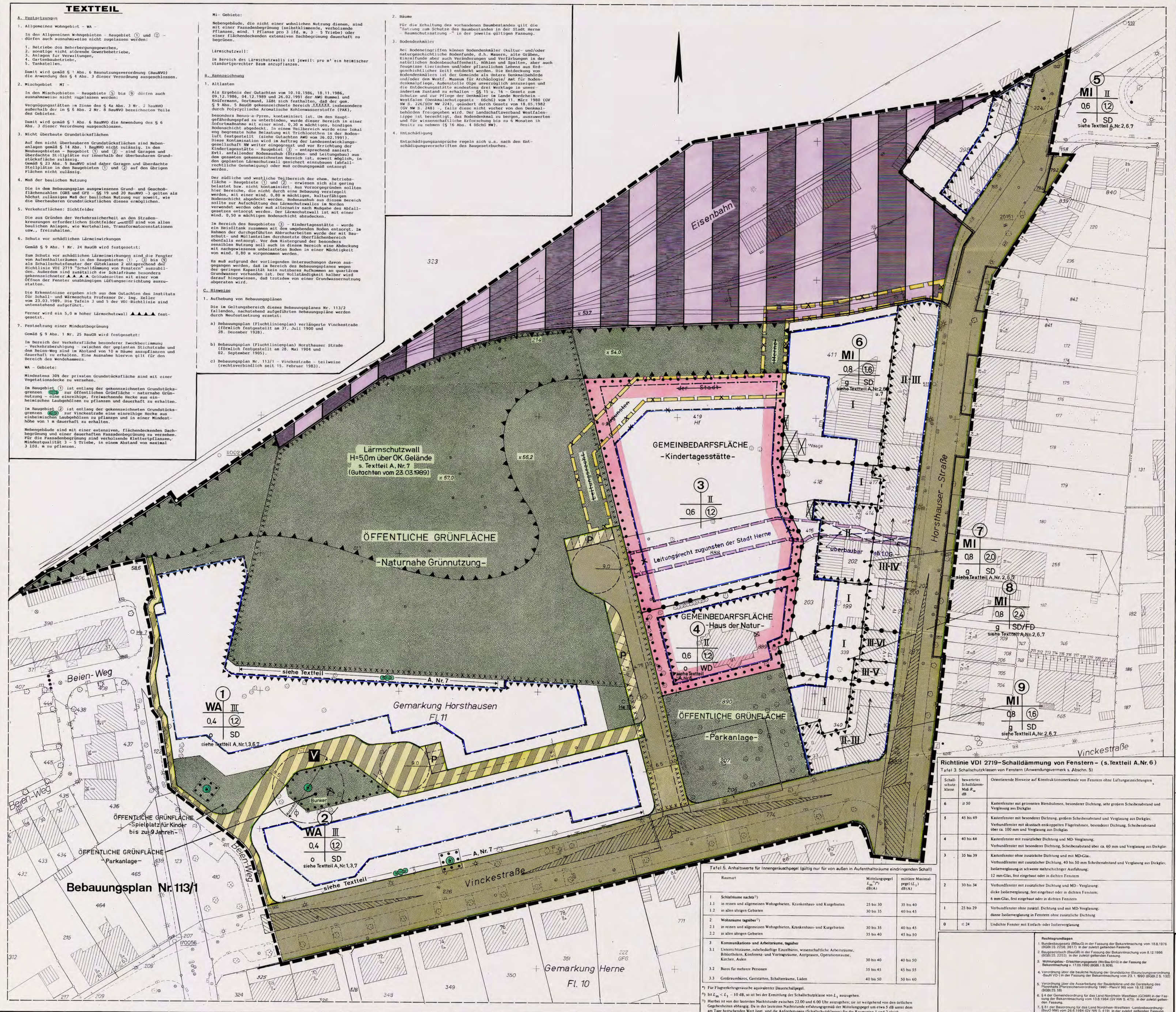
Für die Erhaltung des vorhandenen Baumbestandes gilt die "Satzung zum Schutze des Baumbestandes in der Stadt Herne - Baumschutzsatzung -" in der jeweils gültigen Fassung.

3. Bodendenkmäler

Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verfärbungen in der natürlichen Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten, aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus Erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde und/oder dem Westf. Museum für Archäologie/ Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungsstätte mindestens drei Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten - §§ 15 u. 16 - Gesetz zum Schutze und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz - DSchG) vom 11. März 1980 (GV NW S. 226/SGV NW 224), geändert durch Gesetz vom 18.05.1982 (GV NW S. 248) -, falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu 6 Monaten in Besitz zu nehmen (§ 16 Abs. 4 DSchG NW).

4. Entschädigung

Entschädigungsansprüche regeln sich u.a. nach den Entschädigungsvorschriften des Baugesetzbuches.



Richtlinie VDI 2719 - Schalldämmung von Fenstern - (s. Textteil A, Nr. 6)

Tafel 3. Schallschutzklassen von Fenstern (Anwendungsvermerk s. Abschn. 5)

Schallschutzklasse	bewertetes Schalldämm-Maß R_w dB	Orientierende Hinweise auf Konstruktionsmerkmale von Fenstern ohne Lüftungseinrichtungen
6	≥ 50	Kastenfenster mit getrennten Blendrahmen, besonderer Dichtung, sehr großem Scheibenabstand und Verglasung aus Dickglas
5	45 bis 49	Kastenfenster mit besonderer Dichtung, großem Scheibenabstand und Verglasung aus Dickglas; Verbundfenster mit akustisch entkoppelten Flügelrahmen, besonderer Dichtung, Scheibenabstand über ca. 100 mm und Verglasung aus Dickglas
4	40 bis 44	Kastenfenster mit zusätzlicher Dichtung und MD-Verglasung; Verbundfenster mit besonderer Dichtung, Scheibenabstand über ca. 60 mm und Verglasung aus Dickglas
3	35 bis 39	Kastenfenster ohne zusätzliche Dichtung und mit MD-Glas; Verbundfenster mit zusätzlicher Dichtung, 40 bis 50 mm Scheibenabstand und Verglasung aus Dickglas; Isolierverglasung in schwerer mehrschichtiger Ausführung; 12 mm-Glas, fest eingebaut oder in dichten Fenstern
2	30 bis 34	Verbundfenster mit zusätzlicher Dichtung und MD-Verglasung; dicke Isolierverglasung, fest eingebaut oder in dichten Fenstern; 6 mm-Glas, fest eingebaut oder in dichten Fenstern
1	25 bis 29	Verbundfenster ohne zusätzl. Dichtung und mit MD-Verglasung; dünne Isolierverglasung in Fenstern ohne zusätzliche Dichtung
0	≤ 24	Undichte Fenster mit Einfach- oder Isolierverglasung

Tafel 5. Anhaltswerte für Innengeräuschpegel (gültig nur für von außen in Aufenthaltsräume eindringenden Schall)

	Raumart	Mittelungspegel L_m [△)*)] dB(A)	mittlere Maximalpegel (L_1) dB(A)
1	Schlafräume nachts [□)]		
1.1	in reinen und allgemeinen Wohngebieten, Krankenhaus- und Kurgebieten	25 bis 30	35 bis 40
1.2	in allen übrigen Gebieten	30 bis 35	40 bis 45
2	Wohnräume tagsüber [□)]		
2.1	in reinen und allgemeinen Wohngebieten, Krankenhaus- und Kurgebieten	30 bis 35	40 bis 45
2.2	in allen übrigen Gebieten	35 bis 40	45 bis 50
3	Kommunikations- und Arbeitsräume, tagsüber		
3.1	Unterrichtsräume, ruhebedürftige Einzelbüros, wissenschaftliche Arbeitsräume, Bibliotheken, Konferenz- und Vortragsräume, Arztpraxen, Operationsräume, Kirchen, Aulen	30 bis 40	40 bis 50
3.2	Büros für mehrere Personen	35 bis 45	45 bis 55
3.3	Großraumbüros, Gaststätten, Schalterräume, Läden	40 bis 50	50 bis 60

*) Für Flugverkehrsgeräusche äquivalenter Dauerschallpegel.
△) Ist $L_m < L_1 - 10$ dB, so ist bei der Ermittlung der Schallschutzklasse von L_1 auszugehen.
□) Hierbei ist von der lautesten Nachtstunde zwischen 22.00 und 6.00 Uhr auszugehen; sie ist weitgehend von den örtlichen Gegebenheiten abhängig. Da in der lautesten Nachtstunde erfahrungsgemäß der Mittelungspegel um etwa 5 dB unter dem am Tage herrschenden Wert liegt, sind die Anforderungen (Schallschutzklassen) für die Raumarten 1 und 2 gleich.

Rechtsgrundlagen

1. Bundesbaugesetz (BBauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256, 3617) in der zuletzt geltenden Fassung.
2. Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8.12.1986 (BGBl. I S. 2253) in der zuletzt geltenden Fassung.
3. Wohnungsbau - Erleichterungsgesetz (Wo Bau Erl G) in der Fassung der Bekanntmachung v. 17.05.1990 (BGBl. I S. 926).
4. Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung -BauN VO-) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. 1. 1990 (BGBl. I S. 132)
5. Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58)
6. § 4 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GONW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13.8.1984 (GV NW S. 475) in der zuletzt geltenden Fassung.
7. § 81 der Bauordnung für das Land Nordrhein-Westfalen -Landesbauordnung- (BauO NW) vom 26.6.1984 (GV NW S. 419) in der zuletzt geltenden Fassung.

ZEICHENERKLÄRUNG

Planungsrechtliche Festsetzungen

- § 9 (1) bis (4) und (7) BauGB -

Füllschema der Nutzungsschablone

Baugebiet	Zahl der Vollgeschosse
Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl
Bauweise	Dachform

(Nr. des Baugebietes)

Art der baulichen Nutzung
- § 9 (1) Nr. 1 BauGB und §§ 1 ff BauN VO -

WR Reines Wohngebiet
WA Allgemeines Wohngebiet
MI Mischgebiet
MK Kerngebiet
GE Gewerbegebiet
GI Industriegebiet

Beschränkung der Zahl der Wohnungen
z.B. WR / 2 Wo höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden

Maß der baulichen Nutzung
- § 9 (1) Nr. 1 BauGB und §§ 16 ff BauNVO -
(die Zahlenwerte sind Beispiele)

Geschoßflächenzahl
- z.B. (0,8) als Höchstmaß
- z.B. (0,5) - (0,8) als Mindest - u. Höchstmaß
Baumassenzahl z.B. 3.0
Grundflächenzahl z.B. 0,4
Zahl der Vollgeschosse
- z.B. II als Höchstmaß
- z.B. II-III als Mindest- u. Höchstmaß
- z.B. (II) zwingend

Bauweise, Baulinie, Baugrenze, Stellung der baulichen Anlagen
- § 9 (1) 2 BauGB und §§ 22, 23 BauN VO -

o offene Bauweise
E nur Einzelhäuser zulässig
D nur Doppelhäuser zulässig
ED nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
g geschlossene Bauweise
Baulinie
Baugrenze
überbaubare Grundstücksfläche

Flächen für den Gemeinbedarf, Sport- u. Spielanlagen
-§ 9 (1) 5 BauGB-

Fläche für den Gemeinbedarf (Zweckbestimmung s. Einschrieb)
Fläche für Sport- u. Spielanlagen (Zweckbestimmung s. Einschrieb)

Verkehrsflächen
- § 9 (1) 11 BauGB-

Straßenverkehrsfläche
Straßenbegrenzungslinie
Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung
P Parkplatz (öffentl. Parkfläche)
F Fußweg
R Radweg
V Verkehrsberuhigung - § 42 (4a) Str. VerkO -
Fußgängerbereich
▲▼ Ein-/Ausfahrt
Sichtfeld (s. Textteil A, Nr. 5)

Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abfallbeseitigung sowie für Ablagerungen
- § 9 (1) 12, 14 BauGB-

(Zweckbestimmung s. Einschrieb)

Hauptversorgungs- und Hauptwasserleitungen
- § 9 (1) 13 BauGB-

oberirdisch / unterirdisch (Art der Leitung s. Einschrieb)

Grünflächen
-§ 9 (1) 15 BauGB-

Öffentliche Grünfläche (Zweckbestimmung s. Einschrieb)
Private Grünfläche (Zweckbestimmung s. Einschrieb)

Wasserflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelung des Wasserabflusses
- § 9 (1) Nr. 16 BauGB -

Wasserflächen
Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz u. die Regelung des Wasserabflusses (Zweckbestimmung s. Einschrieb)

Flächen für die Landwirtschaft und Wald
- § 9 (1) 18 BauGB-

a) Fläche für die Landwirtschaft
b) Fläche für Wald

Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft
- § 9 (1) 20, 25 BauGB-

Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft - § 9 (1) 20 BauGB -

a) Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen - § 9 (1) 25 BauGB -
Anpflanzen von Bäumen
Anpflanzen von Sträuchern
sonstige Bepflanzungen

b) Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie von Gewässern - § 9 (1) 25 BauGB -
Erhaltung von Bäumen
Erhaltung von Sträuchern
sonstige Bepflanzungen

Sonstige Planzeichen

Umgrenzung von Flächen für Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen - § 9 (1) 4, 22 BauGB -
St Stellplatz
Ga Garage
TGa Tiefgarage
GSt Gemeinschaftsstellplätze
GGa Gemeinschaftsgaragen
GTGa Gemeinschaftstiefgaragen

Mit Geh- (G), Fahr- (F) und Leitungsrechten (L) zu belastende Fläche - § 9 (1) 21 BauGB - (Begünstigte siehe Einschrieb)

Vorkehrungen zum Schutz vor Schädlichen Lärmeinwirkungen - § 9(1) 24 BauGB - (s. Textteil A, Nr. 6 u. 7)
Lärmschutzwall
▲▲▲ Schallschutzfenster

Umgrenzung der von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung - § 9 (1) 24 BauGB - (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches - § 9 (7) BauGB -

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Baugebieten, ~~oder~~ Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes - z.B. §§ 1 (4), 16 (5) BauNVO - (Geschossigkeit)

Nachrichtliche Übernahme nach - § 9 (6) BauGB -

Umgrenzung des Sanierungsgebietes Nr. X
abzubrechende Gebäude
Fläche für Bahnanlage

Kennzeichnung nach - § 9 (5) 3 BauGB -

Umgrenzung der Flächen, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind. (s. Textteil B, Nr. 1)

Örtliche Bauvorschriften

Dieser Bebauungsplan Nr. 113/2 gilt zugleich als Gestaltungsplan (zeichnerische Darstellung) im Sinne des § 81 (3) BauO NW und ist Bestandteil der "Gestaltungssatzung vom 23.04.1993.."

SD Satteldach
WD Walmdach
FD Flachdach
↔ Hauptfirstrichtung

Änderungen aufgrund von Bedenken und Anregungen vor Satzungsbeschluß

Zu den Festsetzungen gem. § 9 (1) bis (4) und (7) BauGB

Streichungen		Neueintragungen
(gelb, durchgestrichen)	Leitungsrecht	(violett)
(blau, durchgestrichen)	Baugrenze	(violett)

Stadt Herne

Stadtbezirk Herne - Mitte

Gemarkung Horsthausen Flur 11
Herne Flur 10

Maßstab 1:500

BEBAUUNGSPLAN Nr. 113/2
Vinckestraße

(3.Offenlegung)

Die Planunterlage (Stand: 07.92) entspricht den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung 1990.
Herne, den 24.03.1992
(Siegel: Stadt Herne) (Unterschrift)
Städt. Vermessungsdirektor

Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.
Herne, den 24.03.1992
Stadtplanungsamt — (Unterschrift) Dipl. Ing.
Stadtvermessungs- und Katasteramt — (Siegel: Stadt Herne) (Unterschrift) Städt. Vermessungsdirektor
Der Oberstadtdirektor i.V. — (Unterschrift) Stadtrat

Die öffentliche Darlegung und Anhörung zu diesem Bebauungsplan-Entwurf ist gem. § 2a Abs. 2 BBauG in der Sitzung der Bezirksvertretung am 15.02.1979 durchgeführt worden.
Herne, den 01.09.1992
Der Oberstadtdirektor
i.A.
(Siegel: Stadt Herne) (Unterschrift)
Städt. Verwaltungsrat

Der Rat der Stadt hat am 24.04.1979 gem. § 2(1) BBauG die Aufstellung dieses Bebauungsplanes und am 14.07.1992 die 3. öffentliche Auslegung dieses Plan-Entwurfes gem. § 2(3) WoBauErlG beschlossen.
Herne, den 07.09.1992
(Unterschrift)
Oberbürgermeister

Dieser Bebauungsplan-Entwurf hat mit Begründung gem. § 3 (2) BauGB vom 26.08.1992 bis 08.09.1992 öffentlich ausgelegen.
Herne, den 10.09.1992
Der Oberstadtdirektor
i.A.
(Siegel: Stadt Herne) (Unterschrift)
Dipl.-Ing.

Der Rat der Stadt hat am 01.12.1992 der Begründung zugestimmt und diesen Bebauungsplan * gem. § 10 BauGB als Satzung beschlossen.
* mit den in violetter Farbe eingetragenen Änderungen nach Offenlage.
Herne, den 07.12.1992
(Unterschrift)
Oberbürgermeister

Inkrafttreten

Das Anzeigeverfahren nach § 11 BauGB ist durchgeführt worden. Die ortsübliche Bekanntmachung gem. § 12 BauGB erfolgte am 26.04.1993. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.
Herne, den 26.04.1993
Der Oberstadtdirektor
i.A.
(Siegel: Stadt Herne) (Unterschrift)
Dipl.-Ing.